V-68 Humanitäre Hilfe systematisch unterstützen

Antragsteller*in: Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Bündnis90/Die Grünen bekräftigen ihr Bekenntnis zum humanitären System der Vereinten Nationen und der Weltgemeinschaft. Wir wahren und verteidigen die multilaterale Ordnung und setzen auf die Schutzverantwortung der Staaten gegenüber ihrer Bevölkerung. Wir verteidigen Werte und Regeln, die von der Menschheit geschaffen wurden, allen voran die Genfer Konventionen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die Charta der Vereinten Nationen. Angesichts zunehmender globaler Unsicherheiten sind wir Grüne überzeugt, dass diese internationale Ordnung heute mehr Rückhalt braucht als jemals zuvor.

Krieg ist wieder die Geißel der Menschheit, reagieren wir nicht mit Kürzungen.

Aktuell bestehen laut Uppsala Conflict Data Program 61 bewaffnete Konflikte und Kriege auf der Welt [1]. Die Zahl der Opfer hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt und liegt aktuell bei über 200.000 Menschen für das Jahr 2024 [2]. Über 300 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger.

Trotz dieser brisanten Entwicklung hat die Regierungskoalition die Kürzung der Mittel für humanitäre Hilfe im Bundeshaushalt 2025 um 53% beschlossen. Im aktuellen Regierungsentwurf für den Haushalt 2026 wird dieser drastische Einschnitt fortgesetzt. Diese Entscheidung hat schwerwiegende Folgen für viele Millionen Menschen und widerspricht eindeutig der Zusage von Union und SPD im Koalitionsvertrag hinsichtlich einer „auskömmlichen Finanzierung“ für die humanitäre Hilfe.

Diese dramatischen Kürzungen in der humanitären Hilfe passen in keiner Weise zur Weltlage.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für die humanitäre Hilfe ausreichend und in einem fairen Anteil gemessen an unserer Wirtschaftskraft zur Verfügung gestellt werden. Selektive Auslegung von Regeln, rein politisch motivierte Hilfe sowie der Einfluss militärischer, technischer oder finanzieller Macht darf nicht nicht zur Unfreiheit einzelner Staaten führen. Krieg und Gewalt dürfen nicht über der internationalen Ordnung stehen.

Humanitäre Hilfe ist der Rettungswagen in der Not

Das Internationale Rote Kreuz ist in über 90 Ländern der Welt im Einsatz. Über 16.000 zumeist ehrenamtliche Helfer*innen arbeiten für das IKRK weltweit in zum Teil schwierigsten Umgebungen, um Menschen in Not zu helfen. Wir stehen fest an der Seite des Internationalen Roten Kreuzes und all jener Helfer*innen und humanitärer Organisationen, die diese lebensrettende Arbeit leisten. Wir wollen das humanitäre System in der Zusammenarbeit stärken und die Unterstützung im Krisenfall weiterhin gemeinsam mit den Organisationen und der Staatengemeinschaft nachhaltig gestalten.

Humanitäre Hilfe ist zudem vorausschauend besser und günstiger aufgestellt. Daher ist es wichtig, nicht erst zu warten bis eine Krise, eine Katastrophe oder ein Krieg eingetreten ist, sondern vorbereitet zu sein und im Krisenfall schnellstmöglich zu handeln. Dafür braucht es Strukturen, die nicht kurzsichtig dem Rotstift zum Opfer fallen darf. Wir werden weiterhin gemeinsam mit den Organisationen und der Staatengemeinschaft dieses humanitäre System unterstützen.

In Zeiten der Krise: Deutschland muss stärken, nicht kürzen

Mit großer Sorge nehmen wir den Rückzug vieler Staaten aus der Verantwortung für humanitäre Hilfe wahr. Die finanziellen Mittel werden trotz der gestiegenen Anzahl bewaffneter Konflikte in vielen Ländern der westlichen Welt massiv gekürzt. Der Rückzug Deutschlands wie auch anderer EU-Mitgliedsstaaten sowie der USA hat zur Folge, dass eine strukturelle Gefährdung des Systems aus mindestens drei Perspektiven schwerwiegende Folgen entfalten kann.

1. Die Organisationen der humanitären Hilfe verlieren gut ausgebildetes Personal vor allem bei lokalen Partnerorganisationen in Krisenregionen und Kriegsgebieten.

2. Das humanitäre System kann schon heute nicht mehr ausreichend die Menschen in Krisenregionen versorgen. In einer Triage entscheiden die Organisationen tagtäglich, in welchen Regionen Lebensmittel noch ausgegeben werden – und wo nicht mehr. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) streicht massiv stellen und stellt in Krisengebieten wie Afghanistan die Lebensmittelversorgung vollständig ein.[3]

3. Eine Priorisierung der humanitären Hilfe findet somit bereits statt. Ein schleichender Prozess der Politisierung hält Einzug, wenn die subjektiven Interessen Deutschlands über die Bedarfe von humanitärer Hilfe gestellt werden. Wir treten für multilaterale Zusammenarbeit ein und lehnen jede Schwächung der humanitären Prinzipien ab, auf denen zahlreiche Organisationen über Jahrzehnte erfolgreich und hoch angesehen gearbeitet haben.

Schützen wir das humanitäre Recht, schützen wir vor allem humanitäres Personal

In den letzten Jahren ist nicht nur die Zahl der Kriege stark angestiegen, sondern auch die Zahl getöteter humanitärer Helfer*innen. Die UN meldet für das Jahr 2024 die Zahl von 383 toter Hilfskräfte [4], für 2025 stand diese Zahl im August bereits bei 265 Helfer*innen [5]. Die Zahlen getöteter Hilfskräfte aus Nichtregierungsorganisationen sind hier nicht aufgeführt.

Die Genfer Konventionen erfahren eine zunehmende Missachtung, die dringend eine Antwort der internationalen Gemeinschaft erfordert. Die Zivilbevölkerung darf im Krieg nicht angegriffen, zivile Infrastruktur nicht Ziel von Angriffen sein. Die Mitgliedstaaten mit permanentem Sitz im Sicherheitsrat sind aufgefordert, hier endlich eine klare Haltung einzunehmen. Wir Grüne setzen uns konsequent dafür ein, dass internationale Regeln geachtet und verteidigt werden. Nur ein regelbasiertes internationales System kann langfristigen Frieden sichern und Menschen vor Gewalt und Krieg schützen. Diplomatie, multilaterale Zusammenarbeit und die Stärkung internationaler Institutionen sind die zentralen Werkzeuge, um Konflikte zu verhindern und nachhaltige Sicherheit zu fördern.

Deutschland hat eine ausgezeichnete Reputation

Deutschland hat ein hohes Ansehen in der Welt. Die Arbeit der Menschen in den Hilfsorganisationen ist vom guten Geist und dem unmittelbaren, bedarfsgerechten, bedingungslosen und neutralen Einsatz für die humanitäre Hilfe geprägt. Deutschland steht dabei im Fokus, wenn politische oder technische Fragen zu klären sind. Mit dieser starken Haltung kann Deutschland eine starke Stimme für die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen und arbeitsteiligen Systems der humanitären Hilfe sein. Dies gilt es jetzt zu nutzen.

Stärken wir die humanitäre Hilfe, verteidigen wir das internationale System

Wir fordern die Koalition von CDU/CSU und SPD auf:

- Korrigieren Sie den Entwurf der Bundesregierung im Bundeshaushalt 2026 und erhöhen sie den Haushaltsposten für die Humanitäre Hilfe auf drei Milliarden Euro.

- Reservieren sie 30 Prozent der Mittel für sogenannte „vergessene Krisen“, um dem strukturellen Problem mangelhafter Aufmerksamkeit zu begegnen.

- Legen sie den Mittelansatz in den Haushalten der nächsten vier Jahren fest, um Planbarkeit für die humanitären Organisationen herzustellen.

Wir fordern der Bundesregierung auf

- Entbürokratisieren sie die Vergabeverfahren der Mittel, die schon heute zu einem erheblichen Mehraufwand in Verwaltungen und bei den Hilfsorganisationen führen.

- Stärken und verteidigen sie die internationale Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und wirken sie den Versuchen, die UN-Organe zu diskreditieren, aktiv entgegen.

- Halten sie die humanitären Prinzipien aufrecht und setzen sie die Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe um.

- Unterstützen sie weiterhin die Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ der Vereinten Nationen, die seit nunmehr 25 Jahren feministische Aussenpolitik weltweit zum Masstab auch für die humanitäre Hilfe macht.

- Schützen sie das humanitäre Völkerrecht, die Genfer Konventionen und damit die Arbeit des humanitären Personals in weltweiten Einsätzen.

Begründung

[1] https://ucdp.uu.se/downloads/charts/

[2] Friedensgutachten 2025

[3] https://www.tagesschau.de/ausland/welternaehrungstag-hunger-100.html

[4] https://www.tagesschau.de/ausland/un-humanitaere-hilfe-helfer-getoetet-statistik-100.html

[5] https://www.dw.com/de/alarmierende-zahlen-humanitaere-hilfe-gazastreifen-sudan-suedsudan-syrien-iran-ukraine-datenbank/a-73671817

weitere Antragsteller*innen

Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Anja Hauke (KV Kassel-Stadt); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel); Nico Zöller (KV Miltenberg); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Pilar Butte (KV Kassel-Stadt); Pascal Podtschaske (KV Kassel-Land); Christopher Zehetbauer (KV Passau-Stadt); Annika Wolfram (KV Kassel-Land); Hannelore Freudenberg (KV Kassel-Stadt); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Markus Leick (KV Kassel-Stadt); Vanessa Gronemann (KV Kassel-Stadt); Christian Berger (KV Kassel-Stadt); Johannes Schütz (KV Kassel-Land); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.